

## „Eine gepamperte Bevölkerung mit hohen Forderungen“

Sachsens Ex-Ministerpräsident Georg Milbradt sieht im falschen Staatsverständnis einen Grund für die Politikverdrossenheit.

VON NORA MIETHKE

Dresden. Verluste für die Ampelparteien SPD und FDP, Zugewinne für AfD und CDU – die Ergebnisse der zum Teil wiederholten Bundestagswahl in Berlin zeigen, das Ansehen der Bundesregierung ist auf einem Tiefpunkt angekommen. In Sachsen macht sich geradezu Ampelhass breit, auch geschürt von Landespolitikern aus der Union.

Ministerpräsident a. D. Georg Milbradt, erster Gast im neuen Diskussionsformat „Nachgefragt“ des Wirtschaftsrats der CDU e. V. in Sachsen, tat dies nicht. Ohne auf die aktuelle Bundes- oder Landespolitik einzugehen, lieferte er stattdessen in seinen Ausführungen zur Weltlage und den Folgen für Deutschland einen Grund für diesen Ampelhass: ein falsches Staatsverständnis.



Georg Milbradt, ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen, mahnt zu mehr Vorsorge in Zeiten vieler geopolitischer Krisen.

Foto: Ronald Bonß

Die wesentliche Aufgabe eines Staates sei es nicht, „Sozialpolitik zu machen, sondern die innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten, weil der einzelne Bürger dies nicht kann“, sagte Milbradt. In den vergangenen 30 Jahren habe sich jedoch eine Anspruchshaltung an den Staat ergeben, verbunden mit einem tiefen Misstrauen, „so dass wir heute eine gepamperte Bevöl-

kerung mit hohen Forderungen haben, die aber nicht bereit ist, dem Staat das zu geben, was er benötigt, um diese Forderungen zu erfüllen“, so der CDU-Politiker.

Ob beim großen Hochwasser 2002 oder bei der Bewältigung der Corona-Pandemie, der Einzelne wolle keine Verantwortung mehr übernehmen, das solle der Staat tun. Dieser verhalte sich genauso oder versu-

che, die Risikoübernahme mit Regulierung abzuwehren. „Das, was sie als zu hohe Bürokratie empfinden, ist nichts anderes als die mangelnde Risikobereitschaft der Menschen und Unternehmen, die gegen alles und jeden abgesichert werden wollen“, führte Milbradt den anwesenden Wirtschaftsvertretern vor Augen. Mittelstandsverbände wie Wirtschaftskammern beklagen die zu starke Bürokratie als größtes Wachstumshemmnis im Freistaat.

Die deutsche Wirtschaft habe in der Vergangenheit kräftig Produktion nach Asien ausgelagert, allen voran nach China. Und eine Industrie aufgebaut auf einer „nicht vorhandenen Energiebasis“, dem billigen Öl und Gas aus Russland. Doch wenn man sich von anderen abhängig mache, berge diese Abhängigkeit Risiken – wie gestörte Lieferketten während der Corona-Pandemie, als die Chinesen ihre Häfen dichtmachten oder im Suezkanal ein Schiff quer stand. Der Staat wie die Wirtschaft müssten für diese Risiken Vorsorge treffen, und „das ist nicht passiert“, so Milbradt. Man sei davon ausgegangen, dass die

Schönwetterlage immer anhalten werde. Vorsorge bedeutet für ihn, Unternehmen müssten Lager einrichten, um im Fall von Lieferstörungen Durststrecken überstehen zu können. Und Aufgabe des Staats sei es, etwa für eine richtige Rohstoffstrategie zu sorgen. Es gebe viele Konferenzen zu diesem Thema, „aber ich sehe keine Handlungen, was es bedeutet, die eigenen Rohstoffe zu erschließen“, kritisierte er dann doch indirekt die Landesregierung. Keine Region sei so gut auf seltene Erden erforscht wie Sachsen. Er bezweifelt, ob wirklich allen Investorenanfragen nachgegangen wird, denn damit gewinne man keine Wahlen. Denn die Anwohner hätten Angst vor den vielen Lkws, die das neue Bergeschrey mit sich bringen würde.

Milbradt reihte sich ein in die Reihe der Kritiker, die eine mangelnde Bereitschaft der Deutschen beklagen, Neues zu wagen und Risiken einzugehen. „Aber nur zu sagen, es bleibt alles, wie es ist, und das Bruttoinlandsprodukt wächst trotzdem um zwei Prozent, das wird nicht funktionieren“, warnte Milbradt.